

verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist **nach Rücknahme des Gesetzentwurfes gegenstandslos**. Der Rücknahme wurde nicht widersprochen.

Wir stimmen jetzt also ab über die **zweite Empfehlung** in der **Beschlussempfehlung 16/3251** des Hauptausschusses, den Gesetzentwurf Drucksache 16/2148 in der geänderten Fassung anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dem nicht zu? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und der Piraten **angenommen** worden.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Piratenfraktion **Drucksache 16/3320**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der CDU-Fraktion und bei Gegenstimmen der FDP-Fraktion, soweit das hier wahrzunehmen gewesen ist, **abgelehnt**. Enthaltung? – Dann ging das fließend ineinander über. Ich bitte dann also auch, wenn das aufgerufen wird, entsprechend zu votieren. Ich wiederhole: bei Zustimmung der Piraten, bei Ablehnung der SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen und bei Ablehnung von CDU- und FDP-Fraktion.

(Zurufe)

– Die FDP-Fraktion hat sich enthalten. Das wird entsprechend protokolliert.

Man sollte sich immer an der Abstimmung beteiligen, wenn der Punkt konkret aufgerufen wird.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf:

7 Fragestunde

Drucksache 16/3255

Mit der genannten Drucksache liegen Ihnen vor die Mündlichen Anfragen 22 und 23 aus der Fragestunde vom 15. Mai 2013 sowie die Mündlichen Anfragen 24 und 25 vor.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 22

des Herrn Abgeordneten Witzel von der Fraktion der FDP auf:

Geschäftsdaten zu Offshore-Aktivitäten von WestLB, Portigon AG oder EAA – Wie haben sich in den letzten Jahren Beschäftigtenzahl, Umsatzvolumina und der Geschäftszweck bei den aktuell noch gelisteten Beteiligungen in Offshore-Destinationen jeweils entwickelt?

In den zurückliegenden Jahren haben rege geschäftliche Aktivitäten der WestLB und ihrer Nachfolgerinstitutionen in bekannten Offshore-Destinationen stattgefunden.

Die Portigon AG, die als Rechtsnachfolger der WestLB nun etliche dieser Gesellschaften als ihre Beteiligungen bilanziert, hat soeben darauf verwiesen, das Offshore-Engagement diene im wesentlichen Zielen „der Kapitalbeschaffung für den WestLB-Konzern“ sowie „der Verbuchung von bestimmten Geschäften, die dort aufsichtsrechtlich günstiger behandelt werden konnten“. Trotz mehrfacher Nachfrage in der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses von unterschiedlichen Fraktionen konnte der Portigon-Vorstand diesen Sachverhalt sowie die zugrundeliegenden Motive dieses speziellen Auslandsgeschäfts dort nicht zufriedenstellend erläutern.

Aus dem druckfrischen Geschäftsbericht der Portigon AG „Jahresabschluss und Lagebericht 2012“ geht hervor, dass im Kapitel 53 bei den Angaben zum Anteilsbesitz unverändert die Tochtergesellschaften Portigon Finance Curaçao N. V., WestLB do Brasil Cayman Limited, Harrier Capital Management Bermuda Limited und WestCommodities Limited auf den Cayman Islands ausgewiesen sind. Die Portigon AG hat ergänzend darauf hingewiesen, dass in einem Fall ein bereits getätigter Verkauf aus Gründen brasilianischen Rechts noch nicht vollzogen werden konnte.

Der Geschäftsbericht 2012 weist ferner darauf hin, dass für die Niederlassung auf den Cayman Islands eine Patronatserklärung existiert, die dieses Offshore-Risk abdecken soll.

Für das Parlament ist es daher von großem Interesse, im Einzelnen zumindest für jede der aktuell noch gelisteten Tochtergesellschaften zu erfahren, welche konkreten geschäftlichen Ziele diese verfolgt (hat) und wie sich jeweils einzeln bei diesen Beteiligungen die Anzahl der am Offshore-Standort selbst eingesetzten eigenen Beschäftigten sowie die Umsatzvolumina zumindest in den letzten drei Jahren 2010, 2011 und 2012 jeweils entwickelt haben.

Wie haben sich in den letzten drei Jahren Beschäftigtenzahl, Umsatzvolumina und der Geschäftszweck bei den aktuell noch gelisteten Beteiligungen in Offshore-Destinationen jeweils entwickelt?

Ich bitte für die Landesregierung Herrn Minister Schneider in Vertretung für Herrn Minister Dr. Walter-Borjans um Beantwortung.

(Minister Dr. Norbert Walter-Borjans: Ich bin da!)

– Der Minister ist selbst da, wie ich gerade sehe. Umso besser. Alle Kolleginnen und Kollegen, die gerade den Plenarsaal verlassen, bitte ich, das möglichst geräuschlos zu tun, damit wir jetzt Herrn Minister Walter-Borjans zuhören können. – Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Herr Witzel! Meine Damen und Herren! Ich hatte Herrn Witzel schon davon in Kenntnis gesetzt, dass ich den Termin bei der Finanzministerkonferenz in Brüssel abgesagt habe, weil ich hier am Plenum teilnehmen will und deswegen selbst für diese Fragen zur Verfügung stehe.

Herr Witzel, wir haben Ihnen bereits eine schriftliche Antwort auf eine Kleine Anfrage zukommen lassen. Ich glaube, darin sind schon viele der Fragen, die Sie gestellt haben, beantwortet. Ich will jetzt noch einmal auf die Frage, die Sie gestellt haben, eingehen.

Zu den Gesellschaften Portigon Finance Curaçao N. V., WestLB do Brasil Cayman Limited, Harrier Capital Management Bermuda Limited und West-Commodities Limited hat die Landesregierung die folgenden Informationen:

Die Portigon Finance Curaçao N. V. ist im Jahr 1988 als WestLB Finance Curaçao N. V. gegründet worden. Sie diente der Kapitalbeschaffung für den WestLB-Konzern. An der Tatsache, dass sich bei dieser Gesellschaft mit der Auflösung der WestLB, in der Folge auch der Name geändert hat, mögen Sie erkennen, dass diese Gesellschaft noch existiert. Warum, das werde ich Ihnen im Einzelnen noch begründen.

Bis 2001 wurden zahlreiche Anleihen durch die Gesellschaft begeben – damals die WestLB Finance Curaçao –, und diese Anleihen laufen teilweise bis 2041. Aus den Anleiheemissionen resultieren Mittel, die an die WestLB weitergeleitet wurden. Nach 2001 hat diese Gesellschaft keine Anleihen mehr begeben. Das heißt, schon seit 2001, seit zwölf Jahren, dient diese Gesellschaft nur noch dem Auslaufen der Anleihen, die damals bis zu diesem Zeitpunkt 2001 aufgenommen worden sind. Das sind heute noch 23 Anleihen mit einem Gesamtvolumen von umgerechnet 1,1 Milliarden €, und mit einer Laufzeit der letzten Anleihe bis 2041.

Es ist nicht geplant, die Portigon Finance Curaçao N. V. künftig zu Refinanzierungszwecken zu verwenden. Sie wird also nicht irgendwie wieder aktiviert, aber sie wird auch nicht kurzfristig abgewickelt, weil sie als Emittentin der Anleihen nach wie vor existent bleiben muss.

Die Gesellschaft hat keine Beschäftigten, sondern sie wird durch einen Dienstleister betreut. Ihr Jahresüberschuss belief sich 2010 auf 489.000 €, 2011 auf 515.000 €. Zahlen für 2012 liegen mir noch nicht vor. Die Gesellschaft verwaltet lediglich den sukzessiven

Abbau der Anleihen. Das hat sie übrigens auch schon zwischen 2005 und 2010 getan. Auch damals hat es keine Aktivitäten der damaligen Landesregierung gegeben, an diesem Verfahren und diesem Auslaufen etwas zu ändern oder etwas anders zu machen, als wir das anschließend nach 2010 so weiterverfolgt haben.

Die wesentlichen Geschäftsaktivitäten der WestLB do Brasil Cayman Limited, also der nächsten dieser Gesellschaften, umfassten Handelsfinanzierungen für brasilianische Unternehmen sowie Derivatetransaktionen mit Geschäftspartnern im Zusammenhang mit Handels- und Projektfinanzierungen. Bei der Firma handelt es sich um eine Tochtergesellschaft der Banco WestLB do Brasil S.A.

Hintergrund für die Geschäftsstruktur ist, dass in Brasilien gesetzliche Restriktionen für die Vergabe von Fremdwährungsdarlehen bestehen. Kunden der Banco WestLB do Brasil S.A., die Güter auf dem Weltmarkt in anderer Währung als in brasilianischen Real kreditfinanziert erwerben wollen, können mit Hilfe der WestLB do Brasil Cayman Limited in vollem Umfang aus einer Hand bedient werden. Die WestLB do Brasil Cayman Limited hat keine Beschäftigten; sie wird von der Banco WestLB do Brasil S.A. betreut. Ihr Jahresüberschuss belief sich 2010 auf 3,8 Millionen US-Dollar, 2011 auf 7,1 Millionen US-Dollar, 2012 auf 5,4 Millionen US-Dollar.

Die WestLB do Brasil Cayman Limited gehört zwar formal noch zum Portigon-Konzern, Sie sehen jedoch, dass diese Gesellschaft nicht umbenannt worden ist in Portigon, weil sie als WestLB-Teil bereits verkauft ist, jedenfalls was das Signing angeht. Sie befindet sich zusammen mit ihrer Muttergesellschaft Banco WestLB do Brasil seit über einem Jahr im Verkauf. Käufer ist die Mizuho Corporate Bank.

Der Abschluss der Verkaufstransaktion, das sogenannte Signing, steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung der brasilianischen Zentralbank. Die Vertragsunterzeichnung hat also stattgefunden. Das Closing, die Übergabe, praktisch noch nicht, weil es die Genehmigung der brasilianischen Zentralbank bisher noch nicht dazu gegeben hat. Die Führung des Unternehmens der WestLB do Brasil unterliegt bis zum Closing engen Vorgaben. Das ist normal. Die Bank ist praktisch seit eineinhalb Jahren verkauft. An ihr ändert sich nichts mehr. Es geht jetzt darum, abzuwarten, dass die letzte Genehmigung der brasilianischen Zentralbank kommt, um dann das, was damals verabredet und unterzeichnet worden ist, auch umzusetzen. Man kann also sagen: Sie ist verkauft, aber noch nicht abgeholt.

Die bis zum Closing erwirtschafteten Erträge erhöhen den Kaufpreis. Dieser Kaufpreis wird an die erste Abwicklungsanstalt abgeführt. In der Zeit der heutigen Landesregierung ist die WestLB vom Markt genommen – darauf möchte ich noch einmal hinweisen – und die brasilianische Tochter verkauft wor-

den. Das Tochterunternehmen ist – ich habe es eben schon gesagt – quasi verkauft, aber noch nicht abgeholt. In der Zeit der schwarz-gelben Landesregierung gab es die WestLB noch, und die Tochter war nicht verkauft. Fragen der FDP oder gar gegensteuernde Aktivitäten hat es zum damaligen Zeitpunkt nicht gegeben.

Die Harrier Capital Management Bermuda Limited wurde 2004 im Rahmen einer größeren Portfoliotransaktion mit erworben. Zu diesem Zeitpunkt war sie schon in Bermuda ansässig. Sie hält bestimmte Rechte im Zusammenhang mit Softwareapplikationen zur Bewertung strukturierter Wertpapierportfolios. Sie hat in den Jahren 2010, 2011 und 2012 keine Erträge generiert, und sie befindet sich in der Abwicklung. Die Gesellschaft verfügt auch über keine Beschäftigten.

Die nächste Gesellschaft ist die WestCommodities Limited. Sie wurde 2001 gegründet, um als weiterer Vertragspartner bei besonderen Handelsfinanzierungen fungieren zu können, falls der ursprüngliche Abnehmer von der durch die WestLB vorfinanzierten Waren ausfallen würde. In der Vergangenheit ist der Fall nie eingetreten. Da die WestCommodities Limited in den letzten Jahren nicht aktiv eingeschaltet werden musste, hat sie in den Jahren 2010, 2011 und 2012 auch keine Umsätze generiert. Aktuell ist die Gesellschaft bei drei laufenden Handelsfinanzierungen als potenzieller Vertragspartner eingebunden. Mit Rücksicht auf die Laufzeit der Handelsfinanzierungen kann diese Gesellschaft bis Ende 2014 beendet werden. Die WestCommodities Limited verfügt über keine eigenen Beschäftigten, sondern wird von Trustees geführt.

Statt der erbetenen Umsatzvolumina beim Bankgeschäft habe ich, soweit vorhanden, Ertragszahlen angegeben, weil Umsatzzahlen banktechnisch keine typische Kennzahl sind und dazu auch keine relevanten Informationen bringen. In den anderen Bereichen des Handelsumsatzes und Ähnlichem konnte ich das ja tun.

Das ist die Antwort, die ich zu dieser Frage zuerst einmal geben möchte.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister für die Beantwortung dieser Frage. – Es hat sich nun Herr Abgeordneter Witzel zu einer Frage gemeldet.

Ralf Witzel (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident, dass Sie mir die Gelegenheit zu einer ersten Nachfrage geben. Vielen Dank auch, Herr Minister Dr. Walter-Borjans, für Ihren einleitenden Vortrag.

Ich habe eine Nachfrage zu dem, was Sie zu Harrier gesagt haben. Sie haben dargestellt, die Harrier Capital Management Bermuda hält bestimmte Lizenzrechte für Bank- und Softwareprodukte. Markt-kreise behaupten, dass es sich hierbei im Wesentli-

chen wohl um in Deutschland von der WestLB und dritten externen Dienstleistern entwickelte Produkte handelt. Diese seien zum Zwecke der Gewinnreduktion in der WestLB-Bilanz zu fragwürdig niedrigen innerbetrieblichen Verrechnungspreisen, also unter Marktpreis, erst in die Karibik übertragen worden, damit von dort aus dann, wo es ja keine oder kaum Steuern gibt, jährliche Lizenzgebühren gegenüber Deutschland in Rechnung gestellt werden können. Das ist etwas, was also in Deutschland entwickelt und dorthin übertragen wurde, um so ganz aktiv als Steuersparmodell zu wirken. Das hört man am Markt. Deshalb möchte ich Sie fragen, welche Finanzströme in Richtung WestLB-Konzern mit Sitz in Düsseldorf im Zusammenhang mit Harrier Capital Management Bermuda in dieser Art bekannt sind.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, bitte schön.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Die sind mir nicht bekannt. Ich habe auch in der Antwort auf Ihre Kleine Anfrage gesagt, dass ich keine Hinweise auf eine Beteiligung der WestLB an solcherlei Geschäften habe. Ich lege aber noch einmal Wert darauf, weil es zum Teil auch heute anders zu lesen war, dass ich nicht gesagt habe, dass ich das völlig ausschliesse.

Ich habe schon an dieser oder an anderer Stelle immer gesagt: Ich glaube nicht, dass sich die WestLB als Großbank wesentlich anders als andere Großbanken verhalten hat. Ich arbeite sehr daraufhin, dass wir insgesamt – egal, ob es sich um Banken im öffentlichen Eigentum oder im privaten Eigentum handelt – Grenzen setzen, damit solche Vermeidungsstrategien nicht möglich sind.

Inwiefern sie damals möglich waren oder genutzt worden sind, ist mir nicht bekannt. Auch sind mir auf Nachfrage zu den Fragen, die Sie hier insgesamt gestellt haben, keine Informationen gegeben worden, die das erhärten könnten.

Meine Haltung zu solcherlei Geschäften ändert sich nicht, egal, ob es sich um die WestLB in der Vergangenheit oder um andere Banken in der Gegenwart handelt. Das einzige, was ich sagen kann, ist, dass die WestLB nicht mehr existiert, dass Harrier abgewickelt wird und dass wir Harrier zumindest in Teilen in dieser Konstruktion sicherlich auch als ein Problemkind im Bereich von Phoenix haben. Insofern bereitet das sicherlich keine Freude, aber das ist ja auch nicht neu. Das ist ja nicht etwas, was in der jüngeren Vergangenheit aufgetaucht wäre, sondern es ist früher mit erworben, aber offenbar nie thematisiert worden. Jetzt haben wir eine Zeit, in der wir es abwickeln. Dass es abgewickelt wird, betrübt mich nicht besonders. Dass der hin und wieder geäußerte Verdacht, dahinter stünden solche Kon-

strukturen, begründet sein soll, kann ich nicht bestätigen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Es gibt eine Frage von Herrn Abgeordneten Alda von der FDP-Fraktion.

Ulrich Alda (FDP): Danke, Herr Präsident. – Herr Minister, bekannt sind die förmlichen Offshore-Beteiligungen, die die WestLB oder eben auch die Portigon AG offiziell bilanzieren. Fraglich ist dabei, ob es weitere formal selbstständige Gesellschaften, Finanzplattformen oder gar -vehikel mit Bezug zur WestLB gibt, die in keinem Geschäftsbericht des Konzerns auftauchen.

Dazu die Frage: Welche weiteren Offshore-Aktivitäten mit Bezug zur WestLB gibt es, die keinen Eingang in den Geschäftsbericht oder die Finanzberichterstattung gefunden haben? – Danke.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, bitte schön.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ich kann Ihnen nur berichten über das, was ich entweder schon wusste oder aber in den letzten Jahren dann, wenn Fragen dieser Art aufkamen, von der WestLB mitgeteilt bekommen habe. Ich habe diese Fragen natürlich an die WestLB gestellt. Mir sind keine Konstruktionen bekannt über die hinaus, die ich genannt habe, die im Verborgenen blühen und dort ähnliche Geschäfte weiterbetreiben würden. Wenn Sie mir bekannt wären oder bekannt würden – da kann ich nur noch einmal auf die Haltung verweisen, die ich eben beschrieben habe –, würde ich sie nicht als akzeptables Bankgeschäft betrachten.

Ich erinnere aber noch einmal daran, dass es die WestLB nicht mehr gibt und dass das, was die Portigon als Bankgeschäft betreibt, lediglich ein Auslaufen dessen ist, was sich nicht von heute auf morgen beenden lässt, aber kein Neugeschäft, schon gar kein Neugeschäft in diesen Bereichen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Als Nächste hat sich Kollegin Schmitz von der FDP-Fraktion gemeldet.

Ingola Schmitz (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Minister, WestLB und Portigon haben in ihren Geschäftsberichten Offshore-Beteiligungen bilanziert. Unklar ist mir, ob auch früheres Offshore-Geschäft an die EAA übertragen worden ist. Gibt es Positionen mit Bezug zu Offshore-Geschäften in dem von der Bad Bank EAA verwalteten Bestand?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ich kann das nicht ausschließen. Ich habe ja eben schon gesagt, dass jedenfalls Harrier ein Bestandteil auch des Phoenix-Portfolios ist, das schon bestand, als die Erste Abwicklungsanstalt gegründet worden ist. Dieser Teil gehörte ja zu dem Gesamtkomplex der 23 Milliarden Bilanzsumme, der damals als absolut toxisch bezeichnet worden ist und von dem man geglaubt hat, dass er jedenfalls zu hohen Verlusten führen würde. Es hat sich in der Abwicklung ja gezeigt, dass sich auch im Bereich der toxischen Papiere die Welt zum Teil doch etwas anders dargestellt hat.

Was die Inhalte der einzelnen übertragenen Papiere waren, kann ich nicht sagen. Ich schließe aber nicht aus, dass sich Teile dieses Geschäfts in der Abwicklung befinden – ich habe ja eben auch gesagt, dass es andere Teile dieser Gesellschaften gibt, die ich aufgezeigt habe, die sich in der Abwicklung befinden – und dass das auch über die Erste Abwicklungsanstalt läuft.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Nun hat sich der Kollege Nüchel von der FDP-Fraktion gemeldet. – Moment, jetzt haben Sie sich gerade weggedrückt. – Sie müssen sich noch einmal eindrücken, sonst kann ich Ihnen das Wort nicht geben.

Ich habe noch dermaßen viele Wortmeldungen, dass wahrscheinlich die Leiste hier voll ist. Haben Sie ein Problem damit, wenn ich Ihrem Fraktionskollegen Wedel zunächst das Wort gebe und Sie sich gleich noch einmal eindrücken?

(Thomas Nüchel [FDP]: Nein!)

Bitte schön, Herr Kollege Wedel.

Dirk Wedel (FDP): Vielen Dank. – Herr Minister, typisch für die Finanzplattform in der Karibik ist die Zusammenarbeit von Banken mit sogenannten Special Investment Vehicles, die teilweise hochrisikante Finanzprodukte handeln oder große Geldvolumina, beispielsweise für das Geschäftsmodell Fristentransformation, bewegen. Mit namentlich welchen Vehikeln haben die WestLB und ihre Tochtergesellschaften in Offshore-Destinationen zusammengearbeitet bzw. diese selbst gegründet?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ich kann Ihnen jetzt über das hinaus, was ich eben dazu vorgetragen habe, keine einzelnen Namen nen-

nen. Sie liegen mir nicht vor. Ich bin gerne bereit, konkrete Fragen zu konkreten Namen im Nachgang noch zu beantworten.

Ich kann nur noch mal sagen: Seit ich Finanzminister bin, beschäftigen wir uns mit der Abwicklung der WestLB. Da ging es an keiner Stelle mehr darum, eine ausländische Tochtergesellschaft zu erwerben, zu reaktivieren oder ihre Aktivitäten zu verstärken, sondern es ging darum, relativ rasch nach Amtsantritt all diese Geschäfte zu beenden und abzuwickeln.

Inwiefern Teile schon in der Abwicklungsanstalt waren, kann ich nicht sagen. Denn auch das, was im Phoenix-Portfolio ist, ist ja schon vor meinem Amtsantritt in das Phoenix-Portfolio gekommen. Zu meiner Amtszeit sind lediglich die aus der Auflösung der WestLB stammenden 77 Milliarden, die ja weitestgehend schon wieder abgearbeitet sind, dazugekommen. Welche Einzelkonstruktionen vorlagen, war auch nicht mehr Gegenstand von Beratungen etwa des Aufsichtsrates.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Danke schön, Herr Minister. – Nun kommt Herr Kollege Busen von der FDP-Fraktion mit einer Frage.

Karlheinz Busen (FDP): Herr Minister, unter der Verantwortung von Herrn Peer Steinbrück hat bereits vor über zehn Jahren der massive Ausbau der Offshore-Strukturen stattgefunden. Die Gesellschaften haben Milliardengeschäfte gemacht. Wie beurteilen Sie aus heutiger Sicht die Rechtskonformität sowie die ökonomische Sinnhaftigkeit dieser Offshore-Geschäfte, die sich unter der Verantwortung von Herrn Steinbrück abgespielt haben?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Die Absicht, den Zusammenhang mit Peer Steinbrück herzustellen, ist ja sehr durchsichtig und gut erkennbar. Peer Steinbrück war, wie ich es heute auch bin, Mitglied des Aufsichtsrates bzw. Verwaltungsrates, und zwar ein Mitglied eines großen Verwaltungsrates. Daraus immer abzuleiten, dass ein Aufsichtsratsmitglied am Ende für das Geschäftsmodell, für das operative Geschäft der Bank verantwortlich ist, dass er möglicherweise die Bank dazu getrieben hat, sich in neuen Geschäftsfelder dubioser Art zu bewegen, ist eine abenteuerliche Unterstellung. Das muss ich eindeutig sagen.

Das Problem, mit dem wir uns heute doch gemeinsam beschäftigen, auch auf der europäischen Ebene, dass wir Umwegfinanzierungen bzw. Steuerumgehungsmodelle unmöglich machen wollen, abdichten wollen, liegt doch gerade darin, dass sie zurzeit rechtlich noch möglich sind. Das waren sie auch vor

einigen Jahren. Und ökonomisch waren sie auch sinnvoll, sonst würden sich beispielsweise Länder, die man als Steueroasen bezeichnen kann – auch unsere Nachbarn –, nicht so schwertun, sich von diesen Modellen zu verabschieden. Sie sind ein Teil dieser Volkswirtschaften, und sie sind ökonomisch gewinnbringend. Das Ganze ist also rechtlich zulässig und ökonomisch gewinnbringend. Diese Frage kann man mit Ja beantworten.

Trotzdem sind sie nach der von uns vertretenen Auffassung nicht akzeptabel. Deswegen gehen wir auf der europäischen Ebene und auf der Ebene des Bundesrates dagegen vor.

Mit der Abwicklung der WestLB haben wir diesem Treiben in Nordrhein-Westfalen, jedenfalls was die unmittelbare Verantwortung des Landes als einem der Eigentümer angeht, ein Ende bereitet.

Das ist aber ein Punkt, bei dem man heute meines Erachtens nicht anfangen kann, zu monieren, warum ein Einzelner in einem Verfahren, in dem sich früher die WestLB als Großbank mit getummelt hat, nicht den Finger gehoben hat. Dann müsste man nämlich auch sagen: Warum ist diese Frage 2006, 2007, 2008, 2009 und 2010 nicht gestellt worden? – Die Frage, warum sie jetzt gestellt wird, kann man sich, glaube ich, sehr leicht selber beantworten.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Als Nächste hat sich Frau Kollegin Gebauer von der FDP-Fraktion gemeldet.

Yvonne Gebauer (FDP): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister Walter-Borjans, ich habe noch eine Frage zu der WestLB. Es gab für die WestLB in den letzten zwei Jahrzehnten Offshore-Erträge und Offshore-Verluste. Ist der ökonomische Gesamteffekt der letzten 20 Jahre Offshore-Business für die WestLB insgesamt positiv oder negativ?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Dazu habe ich jetzt keine konkrete Zahl vorliegen. Auch das können wir gerne noch in Erfahrung bringen.

Die Gesellschaften sind allesamt – insofern kann ich an die vorhergehende Frage anschließen – aus ökonomischen Überlegungen gebildet worden. Sie waren für die WestLB jeweils eine Vereinfachung ihres Geschäfts.

Ob wir das unter den heutigen Gesichtspunkten akzeptabel fänden oder nicht, kann ich nicht sagen. Die Erklärungen, die mir für die Offshore-Gesellschaften, über die ich heute gesprochen habe, gegeben worden sind, legen jedenfalls nahe, dass es sich nicht um Konstruktionen handelte, die dem Zweck dienten, anderen ungesetzliche Chancen zu

eröffnen, etwa Steuern zu minimieren oder zu hinterziehen.

Vielmehr ging es zum einen darum, das Geschäft mit der brasilianischen Tochter für Brasilien bei Währungsschwankungen einfacher zu machen.

Zum anderen ging es um die Generierung von Kapital. Dabei war eindeutig klar, dass die Kapitalgeber nicht Privatleute etwa aus Europa oder anderen Ländern waren, sondern dass große Institutionen hier Geld angelegt haben. Allerdings sage ich direkt dazu, dass es sich zum Teil um Inhaberpapiere handelte, die auch weiterveräußert werden konnten, sodass eine Bank anschließend nicht sagen konnte, an wen ein Erwerber seine Anleihepapiere möglicherweise weiterveräußert hat.

Insofern kann ich nur noch von dem reden, was mir über die Bank bekannt ist. Ich kann nicht ausschließen, dass sich Menschen zur Umgehung von Steuertatbeständen dieser Vehikel bedient haben.

Unter dem Strich sind die Zahlen, die mir aus den letzten Jahren für die von mir eben genannten Gesellschaften vorliegen, als positiver Geschäftsbeitrag zu sehen. Wer sich aber zum Beispiel vor Augen führt, dass Harrier als Teil eines toxischen Portfolios geendet ist, weiß aber, dass es wahrscheinlich auch Investitionen in diesem Bereich gegeben hat, die ökonomisch nicht sinnvoll waren – oder jedenfalls im Nachhinein ökonomisch nicht erfolgreich waren.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Als Nächster hat sich Herr Kollege Lürbke von der FDP-Fraktion gemeldet.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Die Portigon AG nennt als Grund für das Offshore-Engagement die aufsichtsrechtlichen Vorteile der Verbuchung in der Karibik. Herr Minister, warum wurde was genau auf den Karibikinseln günstiger verbucht als in Europa oder den USA? Können Sie mir das sagen?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Mir sind drei Gründe bekannt, die sich auch nicht ausschließen.

Das Erste war die Nähe zu dem jeweiligen Standort, etwa von den Cayman-Inseln zu Brasilien, um Geschäfte zwischen der brasilianischen Tochter und den Cayman-Inseln nach den dort geltenden Regeln vornehmen zu können.

Das Zweite war, dass es darum ging, in einem Bereich vertreten zu sein, der in einer ähnlichen Zeitzone lag wie die USA, um dort Geschäfte machen zu können.

Das Dritte war, dass es offenbar Regularien gab, die Geschäfte in diesem Bereich einfacher erscheinen ließen als anderswo. Ich sage ganz deutlich dazu: Wenn sich das nicht auf die Vergangenheit beschränken würde und auf die Abwicklung heute nicht mehr zuträfe, sondern ein Punkt wäre, der sich beim Weiterbetrieb und der weiteren Nutzung dieser Unternehmen stellte, würde mich das heute auch im Detail sehr viel stärker interessieren. Denn wenn das Regularien gewesen sein sollten, die darauf basierten, dass die Kontrolle geringer war oder dass man andere Möglichkeiten hatte, Steuern in Europa oder in Deutschland zu umgehen, dann wäre das sicher nicht auf meine Zustimmung gestoßen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Es gibt eine erste Zusatzfrage des Fragestellers, von Herrn Kollegen Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Finanzminister, ich will noch einmal auf einen Aspekt eingehen, den Sie eingangs genannt haben, nämlich die Frage von Harrier. Meine Frage bezieht sich auch darauf, was eigentlich die Konsequenzen gewesen sind. Sie haben hier zu Recht noch mal erwähnt, dass das, was übrig geblieben ist, heute ein ganz wesentlicher Teil von Phoenix ist. Das beschäftigt auch den PUA zur WestLB. Neben Greyhawk und Kestrel ist das letzten Endes eines der ganz wesentlichen Verlustvehikel geworden. Wie bewerten Sie diese Geschäftsstruktur und die Risiken, die da eingegangen worden sind?

Nach dem, was bekannt zu sein scheint, sind außerhalb des engen Konsolidierungskreises der WestLB extra die Special Investment Vehicles – SIVs – gegründet worden, um da besonders risikoreiche Geschäfte machen und enorme Milliardenvolumina an Kapital bewegen zu können. Das Einzige, was dann in der Bilanz der WestLB konsolidiert worden ist, war die Servicegesellschaft, die den Provisionsertrag verbucht hat, aber oftmals nicht – Stichwort: regulatorisches Eigenkapital – das eigentliche Special Investment Vehicle.

Deshalb interessiert mich Folgendes: Wenn dieses Special Investment Vehicle aber doch für die Zwecke von Harrier – zugehörig zur WestLB – gegründet worden ist, welche Verpflichtungen wurden dann von der WestLB eingegangen? Welche Liquiditätszusagen und welche Haftungszusagen gab es? Kein Privater gibt doch einen Großteil seines Geldes an ein völlig unbekanntes, mit kaum Kapitalausstattung versehenes SIV. Welche Zusicherungen gab es also seitens der WestLB, um diese Geschäfte abzusichern?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, bitte schön.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Dazu liegen mir vonseiten der WestLB keine Details vor. Ich will nur noch mal sagen: Den Sinn und die Legitimation Ihrer Frage will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Das sind Dinge, die im Nachhinein auch mich bei der Aufarbeitung der Geschichte der WestLB interessieren. Ich glaube auch, dass wir im Zusammenhang mit einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss eine Menge Gelegenheit haben werden, diese Geschichte aufzuarbeiten.

Ich will trotzdem noch einmal darauf hinweisen – weil da ganz offenkundig irgendein Zusammenhang hergestellt werden soll –: Die Harrier Capital Management ist 2004 erworben worden. Dazu muss man noch in Erinnerung rufen: Der eben schon mal erwähnte Peer Steinbrück war bis 2002 Finanzminister dieses Landes. Dann war er Ministerpräsident. Der Ministerpräsident Rüttgers war genauso wenig im Aufsichtsrat der WestLB, wie es die Ministerpräsidentin Kraft ist. Das gilt auch für den damaligen Ministerpräsidenten Steinbrück.

Ab 2005 war eine andere Regierung an der Macht. Ihre Frage hätte damals möglicherweise noch mehr Sinn gemacht, denn man hätte sich fragen können: Was kann man hier denn möglicherweise ändern? – Sie ist aber nicht gestellt worden. Nun befinden sich diese Gesellschaften – jedenfalls Harrier und Phoenix – schon seit Ihrer Regierungszeit in der Abwicklung. Dieser Sache hätten also nicht wir uns noch mal angenommen; das war ja 2008 oder 2009.

Das heißt: Natürlich kann man alles historisch noch mal aufarbeiten. In der gesamten Bewertung von Portigon jedoch, in der gesamten Bewertung der Verbundbank, in der gesamten Bewertung der Lasten, die auf die EAA übergegangen und damit praktisch in derselben Eigentümerstruktur geblieben sind, wie es vorher die WestLB war, haben Risiken dieser Art keine Rolle gespielt. Sie sind jedenfalls bei dem, was insgesamt durchleuchtet worden ist, nicht als besondere Risiken aufgefallen, die zu einer anderen Zuordnung oder zu einer anderen Bewertung hätten führen müssen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Nun hat sich der Kollege Alda zu einer Zusatzfrage gemeldet.

Ulrich Alda (FDP): Danke, Herr Präsident. – Herr Minister, vorhin fragte ich ja bereits nach den Beteiligungen. Bekannt sind die bilanzierten Offshore-Geschäfte der WestLB oder Portigon AG und damit auch die bekannten Beteiligungen.

Meine Frage: Welche weiteren Kooperationspartner – also nicht Beteiligungen – gibt es bei der WestLB, durch die bzw. mit denen Offshore-Geschäfte betrieben werden, ohne dass diese zum Konsolidierungskreis des WestLB-Konzerns gehören würden?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, bitte schön.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ich glaube nicht, dass man diese Frage abschließend beantworten kann, weil ich vermute, dass jede Form der Zusammenarbeit mit einer anderen Großbank – die es bei der WestLB sicher gegeben hat – automatisch die Zusammenarbeit mit einer Institution war, die ihrerseits wiederum Instrumente genutzt hat, die auch mit Offshore zu tun hatten.

Ich sage es noch mal: Wir reden hier doch nicht über eine Besonderheit der WestLB; wir reden hier bestenfalls darüber, warum die WestLB nicht eine Besonderheit unter den Großbanken war. Es geht darum, genau dieses Unwesen abzustellen. Hier haben wir da erst in den letzten Monaten ein paar erkennbare Fortschritte erzielen können. Wir sind noch lange nicht am Ziel.

Dass aber eine Großbank wie die WestLB zur Zeit ihrer Blüte als Großbank mit Institutionen zu tun hatte, die ihrerseits alle möglichen Konstruktionen, die auf der Welt existieren, genutzt haben werden, daran besteht für mich kein Zweifel, auch wenn das jetzt möglicherweise eine Unterstellung ist, die ich gar nicht belegen kann. Aber es würde – ich möchte fast sagen – mit dem Teufel zugehen, wenn die WestLB oder ihre Partner allesamt keinerlei Konstruktionen dieser Art genutzt hätten.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Nun hat sich die Kollegin Schmitz zu einer Zusatzfrage gemeldet.

Ingola Schmitz (FDP): Vielen Dank für das Wort, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Minister, es ist jetzt schon viel zu den Offshore-Geschäften gesagt worden. Trotzdem habe ich noch eine kleine gezielte Nachfrage.

Interessant ist die Frage, genau welche Zielgruppen einen Vorteil davon haben, dass die Geschäfte ausgerechnet in Offshore-Destinationen abgelaufen sind. Welches sind die potenziell begünstigten Adressatenkreise des Offshore-Engagements der WestLB, die sich schlechter stehen würden, wenn die Geschäftsaktivitäten eins zu eins in Deutschland stattgefunden hätten?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ich will die Frage zunächst einmal negativ beantworten. Nach den Konstruktionen, die ich Ihnen eben vorgebracht habe und die ich von der WestLB kenne, sind es jedenfalls nicht direkt die, die wir immer vor Augen haben, nämlich Gesellschaften oder Privat-

personen hier im Lande, die sich – auf Deutsch gesagt – an der Steuer vorbeimogeln wollten.

Vielmehr ging es im Wesentlichen darum, dass das Geschäft, das ohnehin mit der südamerikanischen Tochter in Brasilien getätigt worden ist, durch Rückgriff beispielsweise auf Cayman abgesichert worden ist. Ich sage es noch mal: Das sind Währungsrisiken. Die Handelspartner haben davon profitiert und natürlich auch die Bank. Wenn die Risiken nicht abgesichert worden wären, wäre dieses Geschäft möglicherweise mit einer anderen Bank zustande gekommen. Hier waren die Geschäftspartner diejenigen, die sich gegenseitig auf diese Weise abgesichert haben. Es ging auch gar nicht nur um Währungsrisiken. Es ging schlicht und ergreifend um die Verpflichtung durch den brasilianischen Staat, diese Geschäfte in brasilianischen Real abzuwickeln und ansonsten eben Sicherungsmechanismen einzuziehen.

Der zweite Punkt, den ich angesprochen habe, betrifft die Kapitalbeschaffung, die zunächst einmal auch dem Unternehmen WestLB gedient hat. Ich sage es noch mal: Diese Kapitalbeschaffung ist – das kann man auch an der großen Stückelung erkennen – nicht über private Anleger gelaufen, sondern über große institutionelle Anleger. Wenn aber diese institutionellen Anleger ihrerseits wieder mit Zielgruppen in Deutschland und möglicherweise sogar auf ungesetzliche Art Geschäfte gemacht haben, dann ist das das Letzte, was ich akzeptieren könnte. Ich würde auch jede Art der Bekämpfung dieser Form von Steuerkriminalität unterstützen. Das Problem ist nur: Das ist nicht im Einzelnen nachzuverfolgen. Die WestLB hat Kapital von institutionellen großen Anlegern bekommen. Das haben Sie aber bei jeder Aktiengesellschaft. Sie wissen nicht, an wen ein Aktionär seine Aktien möglicherweise verkauft, ob das jemand ist, den Sie gerne im Kreis Ihrer Aktionäre hätten.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Nun hat sich der Kollege Nückel noch mal zu der Frage gemeldet, die eben schon angekündigt war. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Thomas Nückel (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Immerhin passen die Temperaturen heute zum karibischen Thema.

Wichtig sind bisherige und zukünftige Haftungsverpflichtungen, die aus dem Offshore-Geschäft der WestLB für den Steuerzahler resultieren. Welche Haftung musste der Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen bislang für Garantieverpflichtungen bei Offshore-Vehikeln, Patronatserklärungen oder hochriskante Finanzprodukten eingehen, und welche Verpflichtungen werden zukünftig voraussichtlich noch auf das Land zukommen?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, bitte schön.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Entschuldigung, ich musste mich gerade noch mal rückversichern. – Mir war bekannt, dass es eine Patronatserklärung gegeben hat; das war die Patronatserklärung gegenüber der brasilianischen Tochter. Die Portigon hat für die Zeit des Verkaufs eine Patronatserklärung übernommen. Das ist ein normales Verfahren, weil der Käufer in der Zeit der Schwebe bis zum endgültigen Verkauf Risiken sieht, die er gerne vom Verkäufer abgesichert haben will. Es gibt allerdings keine Anzeichen dafür, dass diese Patronatserklärung gezogen hätte oder noch ziehen würde und deswegen zum Schaden der Eigentümer oder des Unternehmens führen würde. – Diese Form hat es also gegeben. Aktuelle Patronatserklärungen darüber hinaus sind mir nicht bekannt.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Nun hat Herr Kollege Wedel von der FDP-Fraktion eine Frage.

Dirk Wedel (FDP): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Minister, in Zeiten der Finanzmarktkrise sind beispielsweise durch den Ausfall des Kreditgeschäfts große finanzielle Schäden in der Offshore-Welt entstanden, da Finanzkonstrukte verschiedener Vehikel zusammengebrochen sind. In welchem Volumen sind jeweils Schrottpapiere aus Offshore-Gebieten später im Phoenix-Portfolio gelandet? Kennen Sie gegebenenfalls schon Namen?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Das kann ich Ihnen im Einzelnen, hier jedenfalls, nicht beschreiben. Tatsache ist: Als Finanzminister, der Mitglied des Aufsichtsrats der WestLB ist, habe ich zur Aufspaltung der WestLB, zur Bildung der Verbundbank, zu Verkaufsbemühungen und zur Übertragung auf die EAA zahlreiche zeitaufwendige Verhandlungen geführt, bei denen immer eine Bewertung der Bank mit all ihren Risiken vorlag. Da wurde nicht nach einzelnen Risiken unterschieden, die zu bestimmten Zielregionen in der Welt gehörten. So ist am Ende die vertragliche Konstellation zustande gekommen: zu welchen Werten, in welchen Kombinationen die nullbewertete Verbundbank ausgegliedert wurde, wie Verkaufspreise, jedenfalls Verhandlungsbasen, bestimmt und auch auf die EAA übertragen wurden.

Ich weiß, dass die toxischen und schon in den Jahren 2008/2009 in ihrem Wertbestand erkennbar sehr gefährdeten Papiere bereits in Phoenix positi-

oniert worden sind. Die waren bereits in Phoenix, als ich in das Amt kam, und mit Risiken bewertet.

Sie wissen, dass das Land – noch aus der Zeit der CDU/FDP-Regierung – zusammen mit den Sparkassen eine 5-Milliarden-Garantie übernommen hat. Etwa 4 Milliarden € werden am Ende durch das Land garantiert. Wir gehen bis heute davon aus, dass diese Garantie zieht und wir sie eines Tages – zum Teil haben wir sie schon bezahlt – bezahlen müssen. Daran hat sich aber im Laufe der Zeit, wenn überhaupt, etwas zum Besseren geändert. Papiere waren doch noch werthaltiger, als man dachte, und konnten deswegen besser verkauft werden. Der Verlust wurde damit eher in die Zukunft verschoben bzw. reduziert.

Wie viel davon genau auf einen Offshore-Platz entfällt, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kann aber sagen, dass auch in den Bereichen, die nicht aus strategischen Gründen – gar nicht, weil sie gefährdet und toxisch sind – in den anderen Teil der EAA übertragen worden sind, mit Sicherheit Teile davon sind. Auch in dem Bereich, den wir zum Verkauf gestellt haben, sind Teile davon.

Ich sage aber noch mal: Die Tatsache, dass die WestLB do Brasil in Brasilien ist und dass ihre Tochter auf den Cayman-Inseln ist, ist noch kein Beleg dafür, dass da ein aus unserer Sicht inakzeptables oder sogar rechtswidriges Geschäft betrieben worden wäre.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Danke schön. – Nun hat sich Herr Dr. Stamp von der FDP-Fraktion zu einer Frage gemeldet.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Finanzminister, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Die Kollegen haben zum Teil sehr detailliert gefragt. Ich will es ein bisschen einfacher, schematischer, platter machen. Was hat das Offshore-Engagement der WestLB den Steuerzahler insgesamt gekostet, einerseits hinsichtlich der Steuerverluste hier und andererseits durch die Spekulationsverluste dort? Vielleicht können Sie eine grobe Hausnummer andeuten.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, bitte schön.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Wenn ich eine grobe Hausnummer schätzen müsste, dann würde ich vermutlich sagen, dass es den Steuerzahler eher entlastet hat, weil die Unternehmen der WestLB, über die ich hier berichte, nicht den Zweck hatten, dem deutschen Staat Steuergeld vorzuenthalten, sondern sie haben im Prinzip das Unternehmen mit Geschäft im mittel- und südamerikanischen Raum gestärkt. Über den reden wir abschließlich. Das ist auch ein Grund, warum jetzt der

Verkauf der brasilianischen Tochter an eine japanische Bank erfolgt. Das ist das Interesse, das die Japaner in Brasilien weiterverfolgen werden.

Noch mal: Das, was ich Ihnen hier nennen kann, sind zunächst mal die Vorteile, die dadurch entstanden sind. Es ging erstens darum, die aus der Sicht des Unternehmens bestmögliche Refinanzierung zu bekommen, und zweitens darum, Geschäfte abzusichern, aber nicht darum, Angebote in Deutschland zu platzieren, um dem Staat Steuern vorzuenthalten.

Ich kann am Ende nicht ausschließen, dass das über einen indirekten Weg erfolgt ist: Wenn eine Institution, die in die WestLB investiert hat, diese Anleihe am Ende an andere veräußert hat, die damit möglicherweise unlautere Geschäfte in Deutschland gemacht haben, müsste man das gegenrechnen.

Ein Punkt, den ich immer wieder anspreche und den wir auch bei unserem Streit über das Schweizer Steuerabkommen immer wieder besprechen, ist, nicht nur zu berücksichtigen: „Was bringt es auf der einen Seite?“, sondern sich auch zu fragen: „Welche Möglichkeiten eröffnet es auf der anderen Seite, die am Ende bei uns, beim Steuerzahler, beim Staat, als Lasten und Verluste wieder auftauchen?“

Diese Lasten habe ich in der meiner Meinung nach nicht akzeptablen Art eines Abkommens mit der Schweiz gesehen. Die kann ich auch bei dem Geschäftsgebaren einer Großbank nicht ausschließen. Da ist es mir, ehrlich gesagt, ziemlich gleich, ob es sich um eine Großbank – ich will keine Namen nennen – in privatem Aktionärsbesitz oder öffentlichem Eigentum handelt. Wenn die am Markt, im Wettbewerb, tätig sind und nicht klare gesetzliche Reglementierungen in Deutschland und auf der europäischen Ebene bekommen, machen die Geschäfte, die wir nicht unbedingt gut finden und deswegen mit anständigen Gesetzen verhindern sollten.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Zu einer zweiten Frage hat sich Frau Kollegin Gebauer gemeldet.

Yvonne Gebauer (FDP): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister Dr. Walter-Borjans, Sie haben vorhin schon über das Milliardenvolumen der WestLB in der Karibik durch begebene Anleihen gesprochen. Sie haben auch über die Laufzeit gesprochen.

Meine Frage lautet: Welche Pläne und Konzepte der Landesregierung gibt es, um früher, jedenfalls vor dem bislang planmäßigen Ende, aus diesem Finanzgeschäft auszustiegen?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ich habe gesagt, zunächst mal ist die Begebung der Anleihen, die von der Portigon Finance Curaçao bis 2001 herausgegeben worden sind, keine ungesetzliche Angelegenheit. Man hat sich von großinstitutionellen Anlegern Geld beschafft. Dafür hat man Verträge geschlossen, die mittel- und langfristig laufen. 2041 ist die längste Laufzeit.

Das Unternehmen hat bereits 2001, also lange zurückliegend, klargestellt, sich auf diesem Weg kein Kapital mehr zu beschaffen. Es ist eine reine Abwicklungsanstalt der besonderen Art. Diese Verträge musste Portigon aus rechtlichen Gründen übernehmen und auslaufen lassen. Ich kann nicht erkennen, warum man daran etwas ändern soll. Wir sind nicht in irgendeinem Risiko. Es ist kein Geld, das die Portigon an irgendjemanden verliehen hat, sondern sie hat es sich geliehen. Es geht darum, das geliehene Geld mit Zins und Zinseszins zurückzuzahlen. Das ist kein Risiko, das uns von irgendjemandem auferlegt wird.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Das Einzige ist: Wenn Sie aus bestehenden Verträgen – aus welchen Gründen auch immer – herauswollen, müssen Sie damit leben, dass das einen Preis hat. Sie können nicht einfach sagen: Das will ich nicht mehr, weil es mir nicht mehr ins Konzept passt.

Deswegen ist das für mich jedenfalls im Moment kein Punkt – weder in meinem Amt als Finanzminister noch als Mitglied im Aufsichtsrat –, den Vorstand in irgendeiner Weise zu maßregeln und ihm in das operative Geschäft hineinzureden, wenn er als der für das operative Geschäft Zuständige entscheidet, das Halten und das Bedienen dieser vertraglichen Verpflichtungen ist der günstigere Weg, als sich etwa mit einem hohen Verlust, der den Steuerzahler am Ende treffen würde, herauszukaufen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister. – Herr Kollege Busen mit seiner zweiten und letzten Frage. Bitte schön, Herr Kollege Busen.

Karlheinz Busen (FDP): Herr Minister, ich will nicht noch mal auf Peer Steinbrück zurückkommen, damit Sie nicht gleich wieder Wahlkampf vermuten. Aber im Jahr 2001 hat es gegen die WestLB aufgrund von Steuerhinterziehung, einer milliarden-schweren Kapitalverschiebung ins Ausland, eine Strafzahlung über 15 Millionen DM gegeben. Dadurch konnten seinerzeit rund 50 Bankbedienstete von einem Verfahren entlastet werden.

Meine Frage lautet: Welche weiteren rechtlichen Verfahren oder Entscheidungen sind Ihnen bekannt, bei denen sich die WestLB für eine angenommene Beihilfe zur Steuerflucht verantworten musste?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ich habe keine Informationen, dass es darüber hinaus einen Fall gegeben hat, und kann nur sagen: Ich halte es für ein gutes Zeichen, dass, wenn eine im öffentlichen Eigentum befindliche Bank überführt wird, ungesetzliche Dinge getan zu haben, genauso eine Zahlung erfolgt wie etwa im letzten Jahr bei Banken wie Credit Suisse oder Julius Bär. Ein solches Verfahren muss greifen. Ich kenne keine weiteren Fälle als diesen, den Sie gerade beschrieben haben.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Die dritte und letzte Frage von Herrn Witzel. Bitte schön.

Ralf Witzel (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich wollte, Herr Finanzminister Dr. Walter-Borjans, nach den Ausführungen, die Sie eben gemacht haben, noch einmal auf die spekulative Komponente des Offshore-Geschäfts zu sprechen kommen. Wir sind uns einig, dass ein wesentlicher Teil des Problems, das wir mit Phoenix Light haben, durch riskante Offshore-Geschäfte entstanden ist, die nicht den starken regulatorischen aufsichtsrechtlichen Anforderungen des europäischen Raums bei der Kapitalbeschaffung unterlagen. Wenn man berücksichtigt – Sie haben es zu Beginn vorgetragen –, dass die dort tätigen Firmen im Wesentlichen kein eigenes Personal hatten – klassische Briefkastenfirmen –, ist es schon bemerkenswert, wenn die einen wesentlichen Beitrag zu der Schieflage der WestLB erbracht haben.

Deshalb möchte ich Sie zu dieser spekulativen Komponente Folgendes fragen: Sind Sie der Auffassung, die WestLB-Pleite wäre möglicherweise zu vermeiden gewesen, wenn es die letzten Jahre dieses Offshore-Geschäft nicht gegeben hätte?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Das ist eine sehr hypothetische Frage. Ich glaube das nicht. Sicherlich sind auch Risiken eingegangen worden und mit dem, was im Phoenix Light steckt, empfindliche Verluste verbunden gewesen.

Bei der Situation, in die die WestLB am Ende gekommen ist, haben vermutlich eine ganze Reihe von Ursachen eine Rolle gespielt und haben dazu beigetragen. Dazu gehören mit Sicherheit spekulative Fehlentscheidungen nicht nur in der reinen Kapitalanlage, sondern auch im Kreditgeschäft in Großbritannien. Das wissen wir. Dazu gehört ebenfalls, dass sich in einer schwierigen Situation die grundlegenden Bedingungen für den Betrieb durch die Aufgabe der Gewährträgerhaftung verändert haben und die allgemeine Bankenkrise dazu gekommen

ist. Wenn ich mir diese großen Komponenten ansehe, würde ich sagen: Den Teil, über den wir jetzt reden, kann man sicherlich nicht als denjenigen Teil identifizieren, an dem die Existenz oder Nichtexistenz der WestLB am Ende gehangen hat.

Ich sage ganz offen: Angesichts dessen, dass wir am Ende nicht das haben umsetzen können, was wir am Anfang ganz klar gesagt haben – nämlich dass wir eine Konsolidierung der Landesbanken wollen und dass wir den Landesbankensektor insgesamt auf gesunde Beine stellen wollen –, war es, auch gemessen an der Nichtbereitschaft der anderen, ein richtiger Schritt zu sagen:

Wir haben jetzt eine im Mittelstandsbereich und im großen Sparkassenbereich befindliche Verbundfinanzierung. Wir haben eine Abwicklung des Bankengeschäfts, das nicht notwendigerweise im Eigentum eines Landes betrieben werden muss. Wir haben das Fördergeschäft einer Förderbank übertragen, die jetzt auf sichere Beine zu stellen ist und gehalten werden muss. Wir haben am Ende eine Servicegesellschaft, mit der wir die Lasten, die wir noch haben, nach und nach abarbeiten. Das ist sehr richtig.

Ich glaube aber, dass dieses Engagement in dem Teil, der mir bekannt ist, nicht in dem Maße hochspekulativ war. Harrier ist ein Teil, unbestritten. Der andere Bereich ist folgender: Wenn ich Geld über Tochterunternehmen beschaffe, ist das kein Risikogeschäft. Die Tatsache, dass diese Gesellschaften zum großen Teil oder zum Teil kein Personal hatten, liegt auch daran begründet, dass es Geschäftsbesorgungsverträge der jeweiligen regionalen Mutter gab, beispielsweise Cayman und Brasilien. Brasilien hat das mitgemacht.

Zusammenfassend wiederhole ich an diesem Punkt: Ich würde jeder Großbank, die unter geltenden Bedingungen agiert, wenn sie politisch und international nicht anständig und anders gefasst werden, keinen Heiligenschein ausstellen, dass sie nicht Geschäfte macht, die sich am Ende als Schaden für den Steuerzahler im jeweils eigenen Land niederschlagen.

Deswegen ist es richtig, auf der internationalen Bühne, aber auch in all den Punkten, die wir im eigenen Land regeln können, klare Richtlinien zu setzen mit dem Ziel, Offshore-Geschäften, die genutzt werden, um Steuern zu hinterziehen und dem eigenen Gemeinwesen zu schaden, einen Riegel vorzuschieben.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Wir nähern uns dem Ende der Fragestunde. Ich habe jetzt noch zwei Fragen. Herr Priggen, bitte.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Minister, ich habe eine Frage, zu der mich Herr Witzel animiert hat.

Herr Witzel ist einer derjenigen gewesen, die von 2005 bis 2010 relevante Verantwortung in der Regierung unter Jürgen Rüttgers hatten.

Meine Frage lautet: Hat, wenn Sie die WestLB-Geschichte betrachten, von 2005 bis 2010 die Möglichkeit bestanden, durch Regierungshandeln unter Umständen Schadenspotenziale für das Land zu vermindern? Sind die aus Ihrer Sicht genutzt worden?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ich habe in meinen Antworten auf mehrere Fragen immer wieder deutlich gemacht: Wir reden hier die ganze Zeit über Dinge, die ausschließlich nicht in der Zeit dieser Landesregierung entstanden sind. Sie sind alle früher entstanden. Sie haben alle über die gesamte Zeit auch der Vorgängerregierung fortbestanden – bis auf die Ausgliederung in die Erste Abwicklungsanstalt in der Zeit der Bankenkrise.

Mit anderen Worten: Ich will auch der Vorgängerregierung nicht unterstellen, eine Eingriffsmöglichkeit gehabt zu haben, die ich für mich selbst in bestimmten Bereichen in einem Aufsichtsrat nicht sehe. Da konnte auch das Aufsichtsratsmitglied Helmut Linsen nichts machen.

Die Fragen aber, die hier gestellt werden, hätte man in der damaligen Zeit natürlich alle stellen können, und zwar vor dem Hintergrund, dass möglicherweise das eine oder andere vom Unternehmen anders hätte entschieden werden können.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister. – Als Nächster fragt Herr Dr. Stamp. Das ist Ihre zweite und letzte Frage, Herr Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Ich möchte nachfragen, ob ich Sie richtig verstanden habe, dass die einzige eingegangene förmliche Haftung der WestLB für Offshore-Geschäfte der von Ihnen beschriebene Fall der Patronatserklärung war oder ob es darüber hinaus weitere Haftungs- und Liquiditätszusagen gegeben hat? – Es wäre schön, wenn Sie das noch einmal klarstellen könnten.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ich kann das nicht bestreiten, dass es mehrere gegeben haben kann. Mir ist, auch auf der Grundlage der Informationen von Portigon, nur bekannt, dass es die Patronatserklärung für den Schwebezustand beim Verkauf der brasilianischen Tochter gegeben hat.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister. – Zu seiner ersten Frage hat Herr Ellerbrock das Wort. Bitte schön.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Minister, ich bin eben ganz hellhörig geworden, als Sie Personal und Offshore und Milliardenumsätze zusammengebracht haben. Ich habe es so verstanden, dass Sie sich dahin gehend geäußert haben, bei den Offshore-Geschäften der WestLB mit Milliardenumsätzen sei gar kein Personal betroffen gewesen. Wer hat denn die Arbeit gemacht? War das alles schon voll automatisiert? War das SAP im Hochschulbereich auf die WestLB übertragen? Hat man den einen Erfahrungsschatz auf den anderen übertragen? Wie ist das zu verstehen, Milliardenumsätze ohne Personal zu machen?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Ellerbrock, mir schwant jetzt, warum Herr Witzel heute den Vorschlag gemacht hat, dass man Portigon auch zur Lösung der Probleme beim LBV einsetzen könnte. Wenn das SAP-Potenzial so groß war, dass die das damals schon so haben nutzen können, dann ist das eine neue Idee, die man weiter verfolgen sollte.

Nach den mir vorliegenden Informationen war das aber nicht eine vollautomatisierte Abwicklung, sondern – ich habe es mehrfach deutlich gemacht – wir haben es hier mit Gesellschaften zu tun, deren Geschäfte von Trusts oder aber in Form von Geschäftsbesorgungsverträgen mit den jeweiligen Müttern durchgeführt worden sind. Daran besteht kein Zweifel. Natürlich hat die brasilianische Tochter, Banco WestLB

(Ralf Witzel [FDP]: do Brasil!)

– danke – do Brasil, die Cayman-Inseln für ihr Geschäft genutzt, weil die dort geltenden Bedingungen offenbar für sie günstiger waren als in Brasilien selbst. Ich kann jetzt nicht entscheiden, ob man für diese Währungsabsicherungsvereinbarungen, weil die Verpflichtung bestand, alles in brasilianischem Real abzuwickeln, die Landesgrenzen überschreiten musste. Dazu habe ich keine Informationen. Aber das waren sicher die Gründe. Sie haben es dann mit dem für sie verfügbaren Personal gemacht. Das ist nicht aus Düsseldorf gemacht worden, sondern es ist von Brasilien aus für Cayman gemacht worden.

Das ist mit anderen Bereichen genauso. Wenn Sie über Curaçao Anleihen ausgegeben haben, um aus diesem regionalen Raum an Refinanzierungsmittel zu kommen, dann müssen Sie dafür kein Unternehmen gründen, das dort mit 100 oder 200 Leuten sitzt, sondern das können Sie natürlich mit einem Geschäftsbesorgungsvertrag machen. Das war also keine Automatisierung, sondern das war der Rückgriff auf Personal an anderer Stelle.

Ich gestehe gerne zu: Wenn ich solche Konstruktionen sehe, höre, lese, dann stelle ich mir die Frage, welche möglichen anderen Beweggründe es gegeben haben mag, es genau so zu organisieren. Das ist überhaupt keine Frage.

Aber wir machen beispielsweise auch Landesanleihen im asiatischen Raum. Ich habe vor zwei Jahren eine Roadshow gemacht. Wenn mir jemand sagen würde, man könnte in diesem Raum glaubwürdiger auftreten, hätte man da auch eine Niederlassung, dann ist das möglicherweise eine Geschichte, über die man nachdenken sollte. Dann muss aber kein Landesbediensteter anschließend in Kuala Lumpur sitzen.

Das ist, so glaube ich, im Geschäftsgebaren vieler Unternehmen eine normale Größe. Es ist auch nicht gleichbedeutend mit einer Briefkastenfirma.

Ich gestehe gerne zu, dass sich daraus Fragen ergeben. Das finde ich völlig in Ordnung. Denen gehe ich nach. Am Ende ist es auch immer Teil des operativen Geschäfts eines Vorstandes einer Bank, das Geschäft nach den Gepflogenheiten der Branche richtig abzuwickeln.

Ich sage noch einmal: Wir müssen als Gesetzgeber auf Bundesebene und auf europäischer Ebene dafür sorgen, dass die Regularien, unter denen sie diese Geschäfte machen, eben auch stimmen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister. – Es gibt keine weiteren Fragen. Die Zeit ist bereits abgelaufen. Damit sind wir am Ende der Fragestunde.

Ich habe die Frage zu stellen, wie wir mit der Beantwortung der weiteren Anfragen umgehen.

Zunächst die

Mündliche Anfrage 24

des Abgeordneten Schulz von der Fraktion der Piraten. Schriftlich oder mündlich?

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Mündlich!)

– **Mündlich.** Wir verschieben auf die nächste Fragestunde.

Nun die

Mündliche Anfrage 25

des Kollegen Rasche. Wie möchten Sie verfahren?

(Christof Rasche [FDP]: Mündlich!)

– **Mündlich,** also dann beim nächsten Plenum.

Wir haben ein aufmerksames Präsidium: